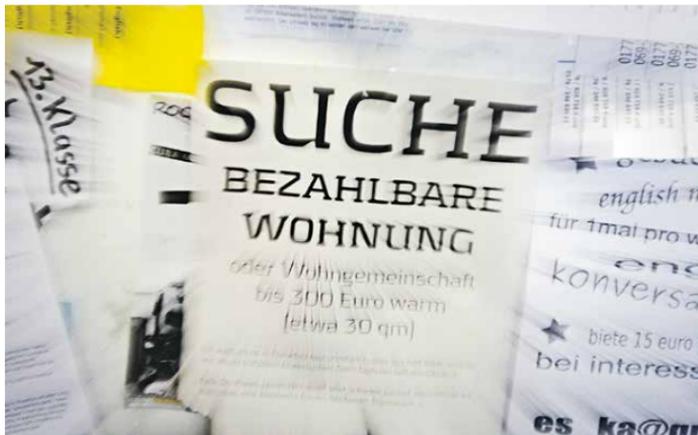


Für dauerhaft  
Bedürftige fast  
unmöglich:  
Wohnraum  
finden  
Foto: Frank  
Rumpenhorst/  
dpa



## Stiftung braucht Platz

Die Behrens-Stiftung schafft Wohnraum für Bedürftige, findet aber kaum bezahlbaren Baugrund. Die Forderung lautet daher: Der Senat soll Grundstücke direkt vergeben

Von **Yasemin Fusco**

Wer in Hamburg arm oder obdachlos ist und eine Wohnung sucht, findet nur wenige willige Vermieter\*innen. Reiner Schäfer, Vorsitzender der Hamburger Behrens-Stiftung, möchte das ändern und günstigen Wohnraum für dauerhaft bedürftige Menschen schaffen. Was aber vor allem fehlt, sind geeignete Grundstücke. Es sei ein großes Problem für die Stiftung, in Hamburg günstig an Baugrund zu kommen, sagt Schäfer in der aktuellen Ausgabe des Straßenmagazins *Hinz&Kunzt*.

Ein Problem sei, dass Spekulationen über einen späteren Verkauf der Grundstücke immer mit enthalten seien und zu völlig überzogenen Preisen führten. Schäfer fordert, dass Senat und Baubehörden geeignete Grundstücke direkt vergeben.

Bislang profitierten lediglich städtische Unternehmen wie die Saga oder Fördern und Wohnen (f & w) von dieser Direktvergabe. Es sollten aber auch diejenigen

bevorzugt Flächen bekommen, die gemeinnützig Wohnungen für dauerhaft Bedürftige bauen, sagt Schäfer.

### Einstieg in eigene Wohnung

Bereits seit den 1950er-Jahren investiert die Behrens-Stiftung in bezahlbaren Wohnraum in Hamburg. Sie bietet ausschließlich Wohnungen für Obdachlose und einkommensschwache Menschen an und bringt sie in begleiteten Wohnprojekten unter, von wo aus der Einstieg in eine eigene Wohnung erleichtert und vorbereitet werden soll.

„Mit der Kritik und ihrer Forderung nennt die Stiftung bei uns offene Türen ein“, sagt Heike Sudmann, Sprecherin für Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr der Linken. Seit Jahren fordere die Linke, städtische Grundstücke für eine nachhaltige Wohnungspolitik zu nutzen. „Kein Grundstücksverkauf, sondern Erbbaurecht für diejenigen, die sich verpflichten, langfristig leistbare Wohnungen zu schaffen“, sagt Sudmann.

Genossenschaften, Stiftungen und andere gemeinwohlorientierte Akteure\*innen würden davon zum Wohle zukünftiger Mieter\*innen profitieren.

Bereits im vergangenen Oktober forderte die Linke den Senat auf, für die Schaffung langfristig bezahlbaren Wohnraums städtische Wohnungsbaugrundstücke ausschließlich an Akteure\*innen des Wohnungsmarkts zu vergeben, die sich dem Gedanken der Gemeinnützigkeit verpflichten. Dazu gehöre für die Linke eine langfristige Zweckbindung des Grundstücks für Wohnen, eine Gewinnbeschränkung der Wohnungsmarktakteure\*innen und eine dauerhafte Bindung der entstehenden Wohnungen nach den Grundsätzen der öffentlichen Wohnungsbauförderung. Bisher hat der Senat nicht über den Stand der Umsetzung informiert, ließ die von den Linken gesetzte Frist Ende Februar verstreichen.

Barbara Ketelhut, Sprecherin der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, kennt

die Forderung des Stiftungsvorsitzenden Reiner Schäfer – es gab schon erste Treffen. „Der Senat hat bereits die Versorgung von vordringlich Wohnungssuchenden gestärkt und beispielsweise die städtische Gesellschaft f & w verpflichtet, jährlich je 200 Wohnungen für vordringlich Wohnungssuchende zu bauen“, sagt sie. Dass in Hamburg kaum noch günstiger Baugrund zu erstehen ist, sei der Behörde bekannt, sagt Ketelhut.

### Behörde wiegelt ab

Sie verweist darauf, dass bereits eine Abkehr von den sogenannten Höchstgebotsverfahren erfolgte. Eingeführt wurde das Konzeptausschreibungsverfahren. Bei solchen Ausschreibungen werden unter anderem innovative Grundrisse oder besondere Angebote für Familien positiv gewertet, so Ketelhut. „Bei diesen Verfahren bestimmt nicht nur der Preis, sondern vor allem die Qualität des Konzeptes über die Vergabe eines städtischen Grundstücks.“